

## Vorblatt

### Übereinkommen Nr. 118 der Internationalen Arbeitsorganisation (Gesetzentwurf der Bundesregierung)

#### A. Problem

Das Übereinkommen Nr. 118 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) verpflichtet die ratifizierenden Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation, In- und Ausländer in bezug auf den persönlichen Geltungsbereich und auf den Leistungsanspruch in den von ihnen übernommenen Zweigen der Sozialen Sicherheit gleich zu behandeln.

Das Übereinkommen überläßt es den ratifizierenden Staaten, für welche Zweige der Sozialen Sicherheit sie die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernehmen wollen.

#### B. Lösung

Ratifizierung des Übereinkommens Nr. 118 für die in Artikel 1 Buchstaben a bis e erwähnten Zweige der Sozialen Sicherheit; sie kann erfolgen, weil die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften eine Gleichbehandlung von In- und Ausländern in den zu übernehmenden Zweigen der Sozialen Sicherheit möglich machen.

#### C. Alternativen

Keine

#### D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes unmittelbar nicht in erheblichem Umfang mit Kosten belastet.



**Bundesrepublik Deutschland**  
**Der Bundeskanzler**

III/4 — 806 04 — In 4/70

Bonn, den 20. April 1970

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen Nr. 118 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 28. Juni 1962 über die Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern in der Sozialen Sicherheit

mit Begründung, dem Wortlaut des Übereinkommens in englischer und französischer Sprache und in der amtlichen deutschen Übersetzung sowie mit einer Denkschrift zum Übereinkommen. Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 351. Sitzung am 17. April 1970 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

**Brandt**

**Entwurf eines Gesetzes  
zu dem Übereinkommen Nr. 118 der Internationalen Arbeitsorganisation  
vom 28. Juni 1962 über die Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern  
in der Sozialen Sicherheit**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Genf am 28. Juni 1962 von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation angenommenen Übereinkommen über die Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern in der Sozialen Sicherheit wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß die Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtungen des Übereinkommens für folgende Zweige der Sozialen Sicherheit übernimmt:

- a) Ärztliche Betreuung;
- b) Krankengeld;
- c) Leistungen bei Mutterschaft;
- d) Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten;
- e) Leistungen bei Arbeitslosigkeit.

Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Nach Maßgabe von Artikel 5 Abs. 1 des Übereinkommens sind von dem Tage an, an dem das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, nicht mehr anzuwenden:

1. § 313 Abs. 5 Satz 3 der Reichsversicherungsordnung auf Deutsche im Sinne des Artikels 116

Abs. 1 des Grundgesetzes, auf Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation, welche die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen in dem Zweig des Krankengeldes übernommen haben, sowie auf die in Artikel 10 Abs. 1 des Übereinkommens genannten Personen;

2. § 625 der Reichsversicherungsordnung auf Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation, welche die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen in dem Zweig der Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten übernommen haben, sowie auf die in Artikel 10 Abs. 1 des Übereinkommens genannten Personen.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

**Begründung**

**Zu Artikel 1**

Das Übereinkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Mit der Anführung der in Artikel 1 genannten Zweige der Sozialen Sicherheit ist Artikel 2 Abs. 3 des Übereinkommens berücksichtigt.

Abgesehen von den in Artikel 2 dieses Gesetzes genannten Vorschriften stehen die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften

in den in Artikel 1 aufgeführten Zweigen der Sozialen Sicherheit mit den Forderungen des Übereinkommens in Einklang.

**Zu Artikel 2**

Nach § 313 Abs. 5 Satz 3 der Reichsversicherungsordnung — RVO — wird Sterbegeld nicht gewährt, wenn der Versicherte im Ausland stirbt. Nach Artikel 5 Abs. 1 des Übereinkommens hat aber jedes Mitglied, das die Verpflichtungen des Übereinkommens für den Zweig Sterbegeld übernommen hat, dieses seinen eigenen Staatsangehörigen und den Staatsangehörigen jedes anderen Mitgliedslandes,

das die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen für denselben Zweig übernommen hat, auch dann zu zahlen, wenn sie im Ausland wohnen.

Nach § 625 RVO ruht die Leistung aus der Unfallversicherung, wenn der Berechtigte Ausländer ist und sich nicht im Geltungsbereich des Grundgesetzes aufhält. Auch hier ist Artikel 5 Abs. 1 des Übereinkommens zu berücksichtigen.

Die beiden aufgeführten Vorschriften der RVO stehen nicht in Einklang mit Artikel 5 Abs. 1 des Übereinkommens; sie sind daher insoweit nicht mehr anzuwenden. Gegenüber den nicht in Artikel 5 Abs. 1 und Artikel 10 des Übereinkommens bezeichneten Personen bleiben die genannten Vorschriften weiterhin anwendbar.

Artikel 5 Abs. 1 des Übereinkommens enthält einen Vorbehalt für den Bedarfsfall, daß Regelungen in weiteren Abkommen notwendig sind. Dieser Vorbehalt ist in Artikel 2 des Gesetzes durch die Worte „nach Maßgabe des Artikels 5 Abs. 1 des Übereinkommens“ berücksichtigt.

### **Zu Artikel 3**

Das Übereinkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

### **Zu Artikel 4**

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 3 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

### **Schlußbemerkung**

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nur in unerheblichem Umfang mit Kosten belastet. Die in Artikel 2 Nr. 2 vorgesehene Regelung hat für den Bund, die Länder und die Gemeinden als Eigenunfallversicherungsträger sowie für die Gemeindeunfallversicherungsverbände finanzielle Auswirkungen, die jedoch als gering anzusehen sind.

Übereinkommen 118

Übereinkommen  
über die Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern  
in der Sozialen Sicherheit

Convention 118

Convention  
Concerning Equality of Treatment of Nationals and Non-Nationals  
in Social Security

Convention 118

Convention  
concernant l'égalité de traitement des nationaux et des non-nationaux  
en matière de sécurité sociale

(Übersetzung)

THE GENERAL CONFERENCE  
OF THE INTERNATIONAL  
LABOUR ORGANISATION,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Forty-sixth Session on 6 June 1962, and

Having decided upon the adoption of certain proposals with regard to equality of treatment of nationals and non-nationals in social security, which is the fifth item on the agenda of the session, and

Having determined that these proposals shall take the form of an international Convention,

adopts this twenty-eighth day of June of the year one thousand nine hundred and sixty-two the following Convention, which may be cited as the Equality of Treatment (Social Security) Convention, 1962:

## Article 1

In this Convention—

- (a) the term "legislation" includes any social security rules as well as laws and regulations;
- (b) the term "benefits" refers to all benefits, grants and pensions, including any supplements or increments;
- (c) the term "benefits granted under transitional schemes" means either benefits granted to persons who have exceeded a prescribed age

LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE  
L'ORGANISATION  
INTERNATIONALE DU TRAVAIL,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 6 juin 1962, en sa quarante-sixième session;

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives à l'égalité de traitement des nationaux et des non-nationaux en matière de sécurité sociale, question qui constitue le cinquième point à l'ordre du jour de la session;

Après avoir décidé que ses propositions prendraient la forme d'une convention internationale,

adopte, ce vingt-huitième jour de mil neuf cent soixante-deux, la convention ci-après, qui sera dénommée Convention sur l'égalité de traitement (sécurité sociale), 1962:

## Article 1

Aux fins de la présente convention:

- a) le terme « législation » comprend les lois et règlements, aussi bien que les dispositions statutaires en matière de sécurité sociale;
- b) le terme « prestations » vise toutes prestations, pensions, rentes et allocations, y compris tous suppléments ou majorations éventuels;
- c) les termes « prestations accordées au titre de régimes transitoires » désignent, soit les prestations accordées aux personnes ayant dé-

DIE ALLGEMEINE KONFERENZ  
DER INTERNATIONALEN  
ARBEITSORGANISATION,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 6. Juni 1962 zu ihrer sechsundvierzigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend die Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern in der Sozialen Sicherheit, eine Frage, die den fünften Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 28. Juni 1962, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die Gleichbehandlung (Soziale Sicherheit), 1962, bezeichnet wird.

## Artikel 1

In diesem Übereinkommen

- a) umfaßt der Ausdruck „Gesetzgebung“ alle Gesetze und Verordnungen sowie die satzungsmäßigen Bestimmungen auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit;
- b) bezieht sich der Ausdruck „Leistungen“ auf alle Leistungen, Pensionen, Renten und Beihilfen, einschließlich aller eventuellen Zuschläge oder Erhöhungen;
- c) bezeichnet der Ausdruck „Leistungen im Rahmen von Übergangssystemen“ entweder Leistungen, die Personen gewährt werden,

at the date when the legislation applicable came into force, or benefits granted as a transitional measure in consideration of events occurring or periods completed outside the present boundaries of the territory of a Member;

- (d) the term "death grant" means any lump sum payable in the event of death;
- (e) the term "residence" means ordinary residence;
- (f) the term "prescribed" means determined by or in virtue of national legislation as defined in subparagraph (a) above;
- (g) the term "refugee" has the meaning assigned to it in Article 1 of the Convention relating to the Status of Refugees of 28 July 1951;
- (h) the term "stateless person" has the meaning assigned to it in Article 1 of the Convention relating to the Status of Stateless Persons of 28 September 1954.

#### Article 2

1. Each Member may accept the obligations of this Convention in respect of any one or more of the following branches of social security for which it has in effective operation legislation covering its own nationals within its own territory:

- (a) medical care;
- (b) sickness benefit;
- (c) maternity benefit;
- (d) invalidity benefit;
- (e) old-age benefit;
- (f) survivors' benefit;
- (g) employment injury benefit;
- (h) unemployment benefit; and
- (i) family benefit.

2. Each Member for which this Convention is in force shall comply with its provisions in respect of the branch or branches of social security for which it has accepted the obligations of the Convention.

3. Each Member shall specify in its ratification in respect of which branch or branches of social security it accepts the obligations of this Convention.

4. Each Member which has ratified this Convention may subsequently notify the Director-General of the In-

passé un certain âge au moment de l'entrée en vigueur de la législation applicable, soit les prestations accordées, à titre transitoire, en considération d'événements survenus ou de périodes accomplies hors des limites actuelles du territoire d'un Membre;

- d) les termes « allocations au décès » désignent toute somme versée en une seule fois en cas de décès;
- e) le terme « résidence » désigne la résidence habituelle;
- f) le terme « prescrit » signifie déterminé par ou en vertu de la législation nationale, au sens de l'alinéa a) ci-dessus;
- g) le terme « réfugié » a la signification qui lui est attribuée à l'article premier de la Convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés;
- h) le terme « apatride » a la signification qui lui est attribuée à l'article premier de la Convention du 28 septembre 1954 relative au statut des apatrides.

#### Article 2

1. Tout Membre peut accepter les obligations de la présente convention en ce qui concerne l'une ou plusieurs des branches de sécurité sociale suivantes, pour lesquelles il possède une législation effectivement appliquée sur son territoire à ses propres ressortissants:

- a) les soins médicaux;
- b) les indemnités de maladie;
- c) les prestations de maternité;
- d) les prestations d'invalidité;
- e) les prestations de vieillesse;
- f) les prestations de survivants;
- g) les prestations d'accidents du travail et de maladies professionnelles;
- h) les prestations de chômage;
- i) les prestations aux familles.

2. Tout Membre pour lequel la présente convention est en vigueur doit appliquer les dispositions de ladite convention en ce qui concerne la branche ou les branches de sécurité sociale pour lesquelles il a accepté les obligations de la convention.

3. Tout Membre doit spécifier dans sa ratification la branche ou les branches de sécurité sociale pour lesquelles il accepte les obligations de la présente convention.

4. Tout Membre qui a ratifié la présente convention peut, par la suite, notifier au Directeur général du Bureau

welche im Zeitpunkt des Inkrafttretens der anwendbaren Gesetzgebung ein bestimmtes Alter überschritten haben, oder Leistungen, die als Übergangsmaßnahme auf Grund von Ereignissen oder Zeiten gewährt werden, die außerhalb der gegenwärtigen Grenzen des Gebiets eines Mitglieds eingetreten sind beziehungsweise zurückgelegt wurden;

- d) bezeichnet der Ausdruck „Sterbegeld“ jede einmalige Zahlung bei Todesfall;
- e) bedeutet der Ausdruck „wohnen“ sich gewöhnlich aufhalten;
- f) bedeutet der Ausdruck „vorgeschrieben“ von der innerstaatlichen Gesetzgebung im Sinne von Unterabsatz a) oder auf Grund derselben bestimmt;
- g) hat der Ausdruck „Flüchtling“ die gleiche Bedeutung wie in Artikel 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951;
- h) hat der Ausdruck „Staatenloser“ die gleiche Bedeutung wie in Artikel 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen vom 28. September 1954.

#### Artikel 2

1. Jedes Mitglied kann die Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen für einen oder mehrere der folgenden Zweige der Sozialen Sicherheit übernehmen, für die es in seinem Gebiet eine auf seine eigenen Staatsangehörigen wirklich angewandte Gesetzgebung besitzt:

- a) ärztliche Betreuung;
- b) Krankengeld;
- c) Leistungen bei Mutterschaft;
- d) Leistungen bei Invalidität;
- e) Leistungen bei Alter;
- f) Leistungen an Hinterbliebene;
- g) Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten;
- h) Leistungen bei Arbeitslosigkeit;
- i) Familienleistungen.

2. Jedes Mitglied, für welches dieses Übereinkommen in Kraft ist, hat die Bestimmungen des Übereinkommens in dem Zweig oder in den Zweigen der Sozialen Sicherheit, für die es die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernommen hat, durchzuführen.

3. Jedes Mitglied hat in seiner Ratifikation den Zweig oder die Zweige der Sozialen Sicherheit anzugeben, für die es die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernimmt.

4. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann in der Folge dem Generaldirektor des Inter-

ternational Labour Office that it accepts the obligations of the Convention in respect of one or more branches of social security not already specified in its ratification.

5. The undertakings referred to in paragraph 4 of this Article shall be deemed to be an integral part of the ratification and to have the force of ratification as from the date of notification.

6. For the purpose of the application of this Convention, each Member accepting the obligations thereof in respect of any branch of social security which has legislation providing for benefits of the type indicated in clause (a) or (b) below shall communicate to the Director-General of the International Labour Office a statement indicating the benefits provided for by its legislation which it considers to be—

(a) benefits other than those the grant of which depends either on direct financial participation by the persons protected or their employer, or on a qualifying period of occupational activity; or

(b) benefits granted under transitional schemes.

7. The communication referred to in paragraph 6 of this Article shall be made at the time of ratification or at the time of notification in accordance with paragraph 4 of this Article; as regards any legislation adopted subsequently, the communication shall be made within three months of the date of the adoption of such legislation.

### Article 3

1. Each Member for which this Convention is in force shall grant within its territory to the nationals of any other Member for which the Convention is in force equality of treatment under its legislation with its own nationals, both as regards coverage and as regards the right to benefits, in respect of every branch of social security for which it has accepted the obligations of the Convention.

2. In the case of survivors' benefits, such equality of treatment shall also be granted to the survivors of the nationals of a Member for which the Convention is in force, irrespective of the nationality of such survivors.

3. Nothing in the preceding paragraphs of this Article shall require

international du Travail qu'il accepte les obligations de la convention en ce qui concerne l'une des branches de sécurité sociale qui n'ont pas déjà été spécifiées dans sa ratification, ou plusieurs d'entre elles.

5. Les engagements prévus au paragraphe précédent seront réputés partie intégrante de la ratification et porteront des effets indentiques dès la date de leur notification.

6. Aux fins de l'application de la présente convention, tout Membre qui en accepte les obligations en ce qui concerne une branche quelconque de sécurité sociale doit, le cas échéant, notifier au Directeur général du Bureau international du Travail les prestations prévues par sa législation qu'il considère comme:

a) des prestations autres que celles dont l'octroi dépend, soit d'une participation financière directe des personnes protégées ou de leur employeur, soit d'une condition de stage professionnel;

b) des prestations accordées au titre de régimes transitoires.

7. La notification prévue au paragraphe précédent doit être effectuée au moment de la ratification ou de la notification prévue au paragraphe 4 du présent article et, en ce qui concerne toute législation adoptée ultérieurement, dans un délai de trois mois à dater de l'adoption de celle-ci.

### Article 3

1. Tout Membre pour lequel la présente convention est en vigueur doit accorder, sur son territoire, aux ressortissants de tout autre Membre pour lequel ladite convention est également en vigueur, l'égalité de traitement avec ses propres ressortissants au regard de sa législation, tant en ce qui concerne l'assujettissement que le droit aux prestations, dans toute branche de sécurité sociale pour laquelle il a accepté les obligations de la convention.

2. En ce qui concerne les prestations de survivants, cette égalité de traitement doit en outre être accordée aux survivants des ressortissants d'un Membre pour lequel la présente convention est en vigueur, sans égard à la nationalité desdits survivants.

3. Toutefois, en ce qui concerne les prestations d'une branche de sécurité

nationalen Arbeitsamtes mitteilen, daß es die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen für einen oder mehrere der Zweige der Sozialen Sicherheit übernimmt, die in seiner Ratifikation nicht schon angegeben waren.

5. Die im vorstehenden Absatz vorgesehenen Verpflichtungen gelten als Bestandteil der Ratifikation und haben vom Zeitpunkt ihrer Mitteilung an die Wirkung einer Ratifikation.

6. Zum Zwecke der Durchführung dieses Übereinkommens hat jedes Mitglied, das die Verpflichtungen daraus für irgendeinen Zweig der Sozialen Sicherheit übernimmt, gegebenenfalls dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes mitzuteilen, welche der in seiner Gesetzgebung vorgesehenen Leistungen es als

a) Leistungen anderer Art betrachtet als solche, deren Gewährung entweder von einer unmittelbaren finanziellen Beteiligung der geschützten Personen oder ihres Arbeitgebers oder von einer Berufstätigkeit während einer Wartezeit abhängt, oder

b) Leistungen im Rahmen von Übergangssystemen betrachtet.

7. Die im vorstehenden Absatz vorgesehene Mitteilung hat im Zeitpunkt der Ratifikation oder der in Absatz 4 dieses Artikels vorgesehenen Mitteilung zu erfolgen; hinsichtlich der später erlassenen Gesetzgebung hat sie innerhalb einer Frist von drei Monaten nach deren Erlassung zu erfolgen.

### Artikel 3

1. Jedes Mitglied, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, hat in seinem Gebiet den Staatsangehörigen jedes anderen Mitglieds, für welches das Übereinkommen ebenfalls in Kraft ist, bei der Anwendung seiner Gesetzgebung sowohl hinsichtlich des erfaßten Personenkreises als auch des Anspruchs auf Leistungen in jedem Zweig der Sozialen Sicherheit, für den es die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernommen hat, die gleiche Behandlung zu gewähren wie seinen eigenen Staatsangehörigen.

2. Hinsichtlich der Leistungen an Hinterbliebene ist diese Gleichbehandlung außerdem den Hinterbliebenen der Staatsangehörigen eines Mitglieds zu gewähren, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, und zwar ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit dieser Hinterbliebenen.

3. Hinsichtlich der Leistungen eines bestimmten Zweiges der Sozialen

a Member to apply the provisions of these paragraphs, in respect of the benefits of a specified branch of social security, to the nationals of another Member which has legislation relating to that branch but does not grant equality of treatment in respect thereof to the nationals of the first Member.

## Article 4

1. Equality of treatment as regards the grant of benefits shall be accorded without any condition of residence: Provided that equality of treatment in respect of the benefits of a specified branch of social security may be made conditional on residence in the case of nationals of any Member the legislation of which makes the grant of benefits under that branch conditional on residence on its territory.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this Article, the grant of the benefits referred to in paragraph 6 (a) of Article 2—other than medical care, sickness benefit, employment injury benefit and family benefit—may be made subject to the condition that the beneficiary has resided on the territory of the Member in virtue of the legislation of which the benefit is due, or, in the case of a survivor, that the deceased had resided there, for a period which shall not exceed—

- (a) six months immediately preceding the filing of claim, for grant of maternity benefit and unemployment benefit;
- (b) five consecutive years immediately preceding the filing of claim, for grant of invalidity benefit, or immediately preceding death, for grant of survivors' benefit;
- (c) ten years after the age of 18, which may include five consecutive years immediately preceding the filing of claim, for grant of old-age benefit.

3. Special provisions may be prescribed in respect of benefits granted under transitional schemes.

4. The measures necessary to prevent the cumulation of benefits shall be determined, as necessary, by special arrangements between the Members concerned.

sociale déterminée, un Membre peut déroger aux dispositions des paragraphes précédents du présent article, à l'égard des ressortissants de tout autre Membre qui, bien qu'il possède une législation relative à cette branche, n'accorde pas, dans ladite branche, l'égalité de traitement aux ressortissants du premier Membre.

## Article 4

1. En ce qui concerne le bénéfice des prestations, l'égalité de traitement doit être assurée sans condition de résidence. Toutefois, elle peut être subordonnée à une condition de résidence, en ce qui concerne les prestations d'une branche de sécurité sociale déterminée, à l'égard des ressortissants de tout Membre dont la législation subordonne l'octroi des prestations de la même branche à une condition de résidence sur son territoire.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe précédent, le bénéfice des prestations visées au paragraphe 6 a) de l'article 2 — à l'exclusion des soins médicaux, des indemnités de maladie, des prestations d'accidents du travail ou de maladies professionnelles et des prestations aux familles — peut être subordonné à la condition que le bénéficiaire ait résidé sur le territoire du Membre en vertu de la législation duquel la prestation est due ou, s'il s'agit de prestations de survivants, que le défunt y ait résidé pendant une durée qui ne peut, selon le cas, être fixée à plus de:

- a) six mois, immédiatement avant la demande de prestation, en ce qui concerne les prestations de maternité et les prestations de chômage;
- b) cinq années consécutives, immédiatement avant la demande de prestation, en ce qui concerne les prestations d'invalidité, ou avant le décès, en ce qui concerne les prestations de survivants;
- c) dix années après l'âge de dix-huit ans — dont cinq années consécutives peuvent être exigées immédiatement avant la demande de prestation — en ce qui concerne les prestations de vieillesse.

3. Des dispositions particulières peuvent être prescrites en ce qui concerne les prestations accordées au titre de régimes transitoires.

4. Les dispositions requises pour éviter le cumul de prestations seront réglées, en tant que de besoin, par des arrangements particuliers pris entre les Membres intéressés.

Sicherheit kann ein Mitglied jedoch von den Bestimmungen der vorstehenden Absätze dieses Artikels die Staatsangehörigen jedes anderen Mitglieds ausnehmen, das den Staatsangehörigen des ersten Mitglieds in diesem Zweig keine Gleichbehandlung gewährt, obwohl es eine Gesetzgebung über diesen Zweig besitzt.

## Artikel 4

1. Hinsichtlich der Gewährung der Leistungen ist die Gleichbehandlung ohne Wohnbedingung einzuräumen. Die Gleichbehandlung kann jedoch an eine Wohnbedingung geknüpft werden, wenn es sich um Leistungen eines bestimmten Zweiges der Sozialen Sicherheit an Staatsangehörige eines Mitglieds handelt, dessen Gesetzgebung die Gewährung der Leistungen des gleichen Zweiges von einer Wohnbedingung abhängig macht.

2. Unbeschadet der Bestimmungen des vorstehenden Absatzes kann die Gewährung der in Artikel 2 Absatz 6 a) erwähnten Leistungen — mit Ausnahme der ärztlichen Betreuung, des Krankengeldes, der Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten und der Familienleistungen — gegebenenfalls von der Bedingung abhängig gemacht werden, daß der Leistungsempfänger im Gebiet des Mitglieds gewohnt hat, nach dessen Gesetzgebung die Leistung zu gewähren ist, oder daß, im Falle von Leistungen an Hinterbliebene, der Verstorbene dort gewohnt hat, und zwar während eines Zeitraumes, der nicht überschreiten darf:

- a) sechs Monate unmittelbar vor der Antragstellung für Leistungen bei Mutterschaft und Leistungen bei Arbeitslosigkeit;
- b) fünf aufeinanderfolgende, der Antragstellung beziehungsweise dem Zeitpunkt des Todes unmittelbar vorangehende Jahre für Leistungen bei Invalidität und für Leistungen an Hinterbliebene;
- c) zehn Jahre nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres, wobei verlangt werden kann, daß fünf aufeinanderfolgende Jahre der Antragstellung unmittelbar vorangehen, für Leistungen bei Alter.

3. In bezug auf Leistungen im Rahmen von Übergangssystemen können Sonderbestimmungen vorgeschrieben werden.

4. Die zur Vermeidung des Zusammenstößens von Leistungen erforderlichen Maßnahmen können je nach Bedarf durch besondere Vereinbarungen zwischen den beteiligten Mitgliedern geregelt werden.

## Article 5

1. In addition to the provisions of Article 4, each Member which has accepted the obligations of this Convention in respect of the branch or branches of social security concerned shall guarantee both to its own nationals and to the nationals of any other Member which has accepted the obligations of the Convention in respect of the branch or branches in question, when they are resident abroad, provision of invalidity benefits, old-age benefits, survivors' benefits and death grants, and employment injury pensions, subject to measures for this purpose being taken, where necessary, in accordance with Article 8.

2. In case of residence abroad, the provision of invalidity, old-age and survivors' benefits of the type referred to in paragraph 6 (a) of Article 2 may be made subject to the participation of the Members concerned in schemes for the maintenance of rights as provided for in Article 7.

3. The provisions of this Article do not apply to benefits granted under transitional schemes.

## Article 6

In addition to the provisions of Article 4, each Member which has accepted the obligations of this Convention in respect of family benefit shall guarantee the grant of family allowances both to its own nationals and to the nationals of any other Member which has accepted the obligations of this Convention for that branch, in respect of children who reside on the territory of any such Member, under conditions and within limits to be agreed upon by the Members concerned.

## Article 7

1. Members for which this Convention is in force shall, upon terms being agreed between the Members concerned in accordance with Article 8, endeavour to participate in schemes for the maintenance of the acquired rights and rights in course of acquisition under their legislation of the nationals of Members for which the Convention is in force, for all branches of social security in respect of which the Members concerned have accepted the obligations of the Convention.

## Article 5

1. En plus des dispositions de l'article 4, tout Membre qui a accepté les obligations de la présente convention, pour l'une ou plusieurs des branches de sécurité sociale dont il s'agit au présent paragraphe, doit assurer, à ses propres ressortissants et aux ressortissants de tout autre Membre ayant accepté les obligations de ladite convention pour une branche correspondante, en cas de résidence à l'étranger, le service des prestations d'invalidité, des prestations de vieillesse, des prestations de survivants et des allocations au décès, ainsi que le service des rentes d'accidents du travail et de maladies professionnelles, sous réserve des mesures à prendre à cet effet, en tant que de besoin, conformément aux dispositions de l'article 8.

2. Toutefois, en cas de résidence à l'étranger, le service des prestations d'invalidité, de vieillesse et de survivants du type visé au paragraphe 6 a) de l'article 2 peut être subordonné à la participation des Membres intéressés au système de conservation des droits prévu à l'article 7.

3. Les dispositions du présent article ne s'appliquent pas aux prestations accordées au titre de régimes transitoires.

## Article 6

En plus des dispositions de l'article 4, tout Membre qui a accepté les dispositions de la présente convention pour les prestations aux familles devra garantir le bénéfice des allocations familiales à ses propres ressortissants et aux ressortissants de tous autres Membres ayant accepté les obligations de ladite convention pour la même branche, en ce qui concerne les enfants qui résident sur le territoire de l'un de ces Membres, dans les conditions et limites à fixer d'un commun accord entre les Membres intéressés.

## Article 7

1. Les Membres pour lesquels la présente convention est en vigueur devront, sous réserve de conditions à arrêter d'un commun accord entre les Membres intéressés conformément aux dispositions de l'article 8, s'efforcer de participer à un système de conservation des droits acquis et des droits en cours d'acquisition, reconnus en application de leur législation aux ressortissants des Membres pour lesquels ladite convention est en vigueur, au regard de toutes les branches de sécurité sociale pour lesquelles les Membres considérés auront accepté les obligations de la convention.

## Artikel 5

1. Zusätzlich zu den Bestimmungen von Artikel 4 hat jedes Mitglied, das die Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen für einen oder mehrere der in diesem Absatz bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit übernommen hat, seinen eigenen Staatsangehörigen und den Staatsangehörigen jedes anderen Mitglieds, das die Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen für einen entsprechenden Zweig übernommen hat, die Zahlung von Leistungen bei Invalidität, Leistungen bei Alter, Leistungen an Hinterbliebene und Sterbegeld sowie die Zahlung von Renten auf Grund von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten zu gewährleisten, wenn sie im Ausland wohnen, vorbehaltlich der im Bedarfsfall nach Artikel 8 zu diesem Zweck zu treffenden Maßnahmen.

2. Die Zahlung von Leistungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6 a) bei Invalidität, Alter und an Hinterbliebene kann jedoch, wenn der Empfänger im Ausland wohnt, von der Teilnahme der betreffenden Mitglieder an einem System für die Wahrung der Ansprüche, wie in Artikel 7 vorgesehen, abhängig gemacht werden.

3. Die Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht für Leistungen im Rahmen von Übergangssystemen.

## Artikel 6

Zusätzlich zu den Bestimmungen des Artikels 4 hat jedes Mitglied, das die Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen für die Familienleistungen übernommen hat, die Gewährung der Familienzulagen seinen eigenen Staatsangehörigen und den Staatsangehörigen jedes anderen Mitglieds, das die Verpflichtungen dieses Übereinkommens für denselben Zweig übernommen hat, hinsichtlich der Kinder, die im Gebiet eines dieser Mitglieder wohnen, unter den Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die zwischen den beteiligten Mitgliedern zu vereinbaren sind, zu gewährleisten.

## Artikel 7

1. Die Mitglieder, für die dieses Übereinkommen in Kraft ist, haben sich nach Maßgabe der Bedingungen, die von den beteiligten Mitgliedern gemäß Artikel 8 im gegenseitigen Einvernehmen festzulegen sind, zu bemühen, in bezug auf alle Zweige der Sozialen Sicherheit, für welche die beteiligten Mitglieder die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernommen haben, einem System für die Wahrung der Ansprüche und Anwartschaften beizutreten, die ihre Gesetzgebung den Staatsangehörigen der Mitglieder zuerkennt, für die das Übereinkommen in Kraft ist.

2. Such schemes shall provide, in particular, for the totalisation of periods of insurance, employment or residence and of assimilated periods for the purpose of the acquisition, maintenance or recovery of rights and for the calculation of benefits.

3. The cost of invalidity, old-age and survivors' benefits as so determined shall either be shared among the Members concerned, or be borne by the Member on whose territory the beneficiaries reside, as may be agreed upon by the Members concerned.

#### Article 8

The Members for which this Convention is in force may give effect to their obligations under the provisions of Articles 5 and 7 by ratification of the Maintenance of Migrants' Pension Rights Convention, 1935, by the application of the provisions of that Convention as between particular Members by mutual agreement, or by any multilateral or bilateral agreement giving effect to these obligations.

#### Article 9

The provisions of this Convention may be derogated from by agreements between Members which do not affect the rights and duties of other Members and which make provision for the maintenance of rights in course of acquisition and of acquired rights under conditions at least as favourable on the whole as those provided for in this Convention.

#### Article 10

1. The provisions of this Convention apply to refugees and stateless persons without any condition of reciprocity.

2. This Convention does not apply to special schemes for civil servants, special schemes for war victims, or public assistance.

3. This Convention does not require any Member to apply the provisions thereof to persons who, in accordance with the provisions of international instruments, are exempted from its national social security legislation.

#### Article 11

The Members for which this Convention is in force shall afford each other administrative assistance free of

2. Ce système devra prévoir notamment la totalisation des périodes d'assurance, d'emploi ou de résidence et des périodes assimilées pour l'ouverture, le maintien ou le recouvrement des droits, ainsi que pour le calcul des prestations.

3. Les charges des prestations d'invalidité, des prestations de vieillesse et des prestations de survivants ainsi liquidées devront être, soit réparties entre les Membres intéressés, soit supportées par le Membre sur le territoire duquel les bénéficiaires résident, selon des modalités à déterminer d'un commun accord entre les Membres intéressés.

#### Article 8

Les Membres pour lesquels la présente convention est en vigueur pourront satisfaire à leurs obligations résultant des dispositions des articles 5 et 7, soit par la ratification de la convention sur la conservation des droits à pension des migrants, 1935, soit par l'application entre eux des dispositions de cette convention, en vertu d'un accord mutuel, soit au moyen de tout instrument multilatéral ou bilatéral garantissant l'exécution desdites obligations.

#### Article 9

Les Membres peuvent déroger à la présente convention par voie d'arrangements particuliers, sans affecter les droits et obligations des autres Membres et sous réserve de régler la conservation des droits acquis et des droits en cours d'acquisition dans des conditions qui, dans l'ensemble, soient au moins aussi favorables que celles prévues par ladite convention.

#### Article 10

1. Les dispositions de la présente convention sont applicables aux réfugiés et aux apatrides sans condition de réciprocité.

2. La présente convention ne s'applique pas aux régimes spéciaux des fonctionnaires, ni aux régimes spéciaux des victimes de guerre, ni à l'assistance publique.

3. La présente convention n'oblige aucun Membre à appliquer ses dispositions aux personnes qui, en vertu d'instruments internationaux, sont exemptées de l'application des dispositions de sa législation nationale de sécurité sociale.

#### Article 11

Les Membres pour lesquels la présente convention est en vigueur doivent se prêter mutuellement, à titre

2. Dieses System hat insbesondere die Zusammenrechnung der Versicherungs-, Beschäftigungs- oder Wohnzeiten und gleichgestellten Zeiten für den Erwerb, die Wahrung oder das Wiederaufleben der Ansprüche sowie die Berechnung der Leistungen vorzusehen.

3. Die Kosten der Leistungen bei Invalidität, der Leistungen bei Alter und der Leistungen an Hinterbliebene sind in diesem Fall entweder auf die beteiligten Mitglieder aufzuteilen oder von dem Mitglied zu tragen, in dessen Gebiet die Leistungsempfänger wohnen. Die Einzelheiten der Durchführung sind zwischen den beteiligten Mitgliedern zu vereinbaren.

#### Artikel 8

Die Mitglieder, für die dieses Übereinkommen in Kraft ist, können ihren Verpflichtungen aus den Bestimmungen der Artikel 5 und 7 nachkommen, indem sie entweder das Übereinkommen über die internationale Wanderversicherung, 1935, ratifizieren oder dessen Bestimmungen auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen anwenden oder zweiseitige oder mehrseitige Übereinkünfte abschließen, die die Erfüllung dieser Verpflichtungen gewährleisten.

#### Artikel 9

Die Mitglieder können von diesem Übereinkommen durch besondere Vereinbarungen abweichen, unbeschadet der Rechte und Pflichten der anderen Mitglieder, sofern die Wahrung der Ansprüche und Anwartschaften geregelt wird, und zwar unter Voraussetzungen, die im großen und ganzen mindestens ebenso günstig sind wie die in diesem Übereinkommen vorgesehenen.

#### Artikel 10

1. Die Bestimmungen dieses Übereinkommens sind auf Flüchtlinge und Staatenlose ohne Gegenseitigkeitsbedingung anzuwenden.

2. Das Übereinkommen findet auf die Sondersysteme für öffentliche Bedienstete, auf die Sondersysteme für Kriegsoffer sowie auf die öffentliche Fürsorge keine Anwendung.

3. Kein Mitglied ist auf Grund dieses Übereinkommens verpflichtet, seine Bestimmungen auf Personen anzuwenden, die auf Grund internationaler Übereinkünfte von der Anwendung der innerstaatlichen Gesetzgebung über Soziale Sicherheit ausgenommen sind.

#### Artikel 11

Die Mitglieder, für die dieses Übereinkommen in Kraft ist, haben einander die zur Erleichterung seiner Durch-

charge with a view to facilitating the application of the Convention and the execution of their respective social security legislation.

## Article 12

1. This Convention does not apply to benefits payable prior to the coming into force of the Convention for the Member concerned in respect of the branch of social security under which the benefit is payable.

2. The extent to which the Convention applies to benefits attributable to contingencies occurring before its coming into force for the Member concerned in respect of the branch of social security under which the benefit is payable thereafter shall be determined by multilateral or bilateral agreement or in default thereof by the legislation of the Member concerned.

## Article 13

This Convention shall not be regarded as revising any existing Convention.

## Article 14

The formal ratifications of this Convention shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.

## Article 15

1. This Convention shall be binding only upon those Members of the International Labour Organisation whose ratifications have been registered with the Director-General.

2. It shall come into force twelve months after the date on which the ratifications of two Members have been registered with the Director-General.

3. Thereafter, this Convention shall come into force for any Member twelve months after the date on which its ratification has been registered.

## Article 16

1. A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on which the Convention first comes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered.

gratuit, l'assistance administrative requise en vue de faciliter l'application de ladite convention, ainsi que l'exécution de leurs législations de sécurité sociale respectives.

## Article 12

1. La présente convention ne s'applique pas aux prestations dues avant l'entrée en vigueur, pour le Membre intéressé, des dispositions de la convention en ce qui concerne la branche de sécurité sociale au titre de laquelle lesdites prestations sont dues.

2. La mesure dans laquelle la convention s'applique à des prestations dues après l'entrée en vigueur, pour le Membre intéressé, de ses dispositions en ce qui concerne la branche de sécurité sociale au titre de laquelle ces prestations sont dues, pour des éventualités survenues avant ladite entrée en vigueur, sera déterminée par voie d'instruments multilatéraux ou bilatéraux ou, à défaut, par la législation du Membre intéressé.

## Article 13

La présente convention ne doit pas être considérée comme portant révision de l'une quelconque des conventions existantes.

## Article 14

Les ratifications formelles de la présente convention seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.

## Article 15

1. La présente convention ne liera que les Membres de l'Organisation internationale du Travail dont la ratification aura été enregistrée par le Directeur général.

2. Elle entrera en vigueur douze mois après que les ratifications de deux Membres auront été enregistrées par le Directeur général.

3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre douze mois après la date où sa ratification aura été enregistrée.

## Article 16

1. Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la convention, par un acte communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée.

führung sowie der Anwendung ihrer Gesetzgebung über Soziale Sicherheit erforderliche Verwaltungshilfe unentgeltlich zu gewähren.

## Artikel 12

1. Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf Leistungen, die zu gewähren waren, bevor die Bestimmungen des Übereinkommens für das betreffende Mitglied in bezug auf den Zweig der Sozialen Sicherheit, in dem die Leistungen zu gewähren sind, in Kraft getreten sind.

2. Wie weit das Übereinkommen auf Leistungen Anwendung findet, die auf Grund von Ereignissen zu gewähren sind, welche seinem Inkrafttreten für das betreffende Mitglied in bezug auf den Zweig der Sozialen Sicherheit, in dem die Leistungen zu gewähren sind, vorangingen, wird durch mehrseitige oder zweiseitige Übereinkünfte oder, in deren Ermangelung, von der Gesetzgebung des betreffenden Mitglieds bestimmt.

## Artikel 13

Dieses Übereinkommen gilt nicht als Abänderung eines bereits bestehenden Übereinkommens.

## Artikel 14

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

## Artikel 15

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

## Artikel 16

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Each Member which has ratified this Convention and which does not, within the year following the expiration of the period of ten years mentioned in the preceding paragraph, exercise the right of denunciation provided for in this Article, will be bound for another period of ten years and, thereafter, may denounce this Convention at the expiration of each period of ten years under the terms provided for in this Article.

## Article 17

1. The Director-General of the International Labour Office shall notify all Members of the International Labour Organisation of the registration of all ratifications and denunciations communicated to him by the Members of the Organisation.

2. When notifying the Members of the Organisation of the registration of the second ratification communicated to him, the Director-General shall draw the attention of the Members of the Organisation to the date upon which the Convention will come into force.

## Article 18

The Director-General of the International Labour Office shall communicate to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations full particulars of all ratifications and acts of denunciation registered by him in accordance with the provisions of the preceding Articles.

## Article 19

At such times as it may consider necessary the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall examine the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision in whole or in part.

## Article 20

1. Should the Conference adopt a new Convention revising this Convention in whole or in part, then, unless the new Convention otherwise provides—

- (a) the ratification by a Member of the new revising Convention shall *ipso jure* involve the immediate denunciation of this Convention, notwithstanding the provisions of Article 16 above, if and when the new revising Convention shall have come into force;

2. Tout Membre ayant ratifié la présente convention qui, dans le délai d'une année après l'expiration de la période de dix années mentionnée au paragraphe précédent, ne fera pas usage de la faculté de dénonciation prévue par le présent article sera lié pour une nouvelle période de dix années et, par la suite, pourra dénoncer la présente convention à l'expiration de chaque période de dix années dans les conditions prévues au présent article.

## Article 17

1. Le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail l'enregistrement de toutes les ratifications et dénonciations qui lui seront communiquées par les Membres de l'Organisation.

2. En notifiant aux Membres de l'Organisation l'enregistrement de la deuxième ratification qui lui aura été communiquée, le Directeur général appellera l'attention des Membres de l'Organisation sur la date à laquelle la présente convention entrera en vigueur.

## Article 18

Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera au Secrétaire général des Nations Unies, aux fins d'enregistrement, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, des renseignements complets au sujet de toutes ratifications et de tous actes de dénonciation qu'il aura enregistrés conformément aux articles précédents.

## Article 19

Chaque fois qu'il le jugera nécessaire, le Conseil d'administration du Bureau international du Travail présentera à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et examinera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de sa revision totale ou partielle.

## Article 20

1. Au cas où la Conférence adopterait une nouvelle convention portant revision totale ou partielle de la présente convention, et à moins que la nouvelle convention ne dispose autrement:

- a) la ratification par un Membre de la nouvelle convention portant revision entraînerait de plein droit, nonobstant l'article 16 ci-dessus, dénonciation immédiate de la présente convention, sous réserve que la nouvelle convention portant revision soit entrée en vigueur;

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

## Artikel 17

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

## Artikel 18

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

## Artikel 19

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

## Artikel 20

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 16, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.

(b) as from the date when the new revising Convention comes into force this Convention shall cease to be open to ratification by the Members.

2. This Convention shall in any case remain in force in its actual form and content for those Members which have ratified it but have not ratified the revising Convention.

#### Article 21

The English and French versions of the text of this Convention are equally authoritative.

The foregoing is the authentic text of the Convention duly adopted by the General Conference of the International Labour Organisation during its Forty-sixth Session which was held at Geneva and declared closed the twenty-eighth day of June 1962.

b) à partir de la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant revision, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification des Membres.

2. La présente convention demeurerait en tout cas en vigueur dans sa forme et teneur pour les Membres qui l'auraient ratifiée et qui ne ratifieraient pas la convention portant revision.

#### Article 21

Les versions française et anglaise du texte de la présente convention font également foi.

Le texte qui précède est le texte authentique de la convention dûment adoptée par la Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail dans sa quarante-sixième session qui s'est tenue à Genève et qui a été déclarée close le 28 juin 1962.

b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

#### Artikel 21

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

## Denkschrift

### I. Allgemeines

Das Übereinkommen Nr. 118 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern in der Sozialen Sicherheit — im folgenden „Übereinkommen“ genannt — ist am 28. Juni 1962 von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation angenommen worden und am 25. April 1964 in Kraft getreten. Bis zum 1. Januar 1970 ist es von 21 Staaten (Brasilien, China [Taiwan], Dänemark, Finnland, Guatemala, Guinea, Indien, Irland, Israel, Italien, Jordanien, Kongo [Demokratische Republik], Madagaskar, Mauretanien, Niederlande, Norwegen, Pakistan, Schweden, Syrien, Tunesien und Zentralafrikanische Republik) ratifiziert worden.

Das Übereinkommen soll dem Grundsatz der Gleichberechtigung von In- und Ausländern in der Sozialen Sicherheit weltweite Geltung verschaffen und das Übereinkommen Nr. 102 aus dem Jahre 1952 über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit ergänzen, nach dessen Artikel 68 die Einwohner eines Mitgliedstaates, die nicht Staatsangehörige ihres Wohnsitzlandes sind, lediglich dem Grundsatz nach dieselben Rechte in der Sozialen Sicherheit wie die Staatsangehörigen haben.

### II. Besonderes

Artikel 2 zählt die Zweige der Sozialen Sicherheit auf, für die jeder Mitgliedstaat die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernehmen kann. Jedes Mitglied hat zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen die erforderlichen Durchführungsmaßnahmen zu treffen. Die genannte Vorschrift ermöglicht es den Mitgliedstaaten ferner, die Verpflichtungen des Übereinkommens zu einem späteren Zeitpunkt auch hinsichtlich solcher Zweige der Sozialen Sicherheit zu übernehmen, die bei der Ratifikation zunächst nicht angegeben waren.

Schließlich verpflichtet Artikel 2 die Mitgliedstaaten dazu, dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gegebenenfalls bei der Ratifikation mitzuteilen, welche Leistungen nach ihren innerstaatlichen Gesetzen als Leistungen im Rahmen von beitragsfreien Systemen und Übergangssystemen betrachtet werden.

Artikel 3 Abs. 1 enthält den Grundsatz, daß jeder Mitgliedstaat in bezug auf den persönlichen Geltungsbereich und auf den Leistungsanspruch in den Zweigen der Sozialen Sicherheit, für die er die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernommen hat, die Staatsangehörigen jedes anderen Mitgliedstaates wie seine eigenen Staatsangehörigen zu behandeln hat. Von dem Grundsatz der Gleichbehandlung können jedoch Staatsangehörige solcher Mitgliedstaaten ausgenommen werden, die selbst keine Gleichbehandlung gewähren, obwohl sie über eine Gesetzgebung in dem entsprechenden Zweig der Sozialen Sicherheit verfügen (Artikel 3 Abs. 3).

Nach Artikel 4 Abs. 1 Satz 1 darf die Gleichbehandlung von keiner Wohnbedingung abhängig gemacht werden. Von diesem Grundsatz können wiederum

die Staatsangehörigen solcher Mitgliedstaaten ausgenommen werden, die ihrerseits die Gewährung von Leistungen von einer Wohnbedingung abhängig machen (Artikel 4 Abs. 1 Satz 2). Ausnahmen sind auch bei einigen beitragsfreien Systemen und für den Fall zulässig, daß die Gewährung von Leistungen eine vorausgegangene Erwerbstätigkeit nicht voraussetzt (Artikel 4 Abs. 2).

Die deutschen Rechtsvorschriften genügen in den Zweigen der Sozialen Sicherheit, für die die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernommen werden sollen, den Bestimmungen der Artikel 3 und 4.

Das am 1. Juli 1969 in Kraft getretene Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969 (Bundesgesetzbl. 1969 I 582) behandelt Inländer und Ausländer hinsichtlich des Anspruches auf Arbeitslosenhilfe gleich. Das neue Recht macht die Gewährung der Leistung von einer Wohnbedingung nicht abhängig.

In Artikel 5 Abs. 1 ist bestimmt, daß jedes Mitglied, das die Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen für einen oder mehrere der in diesem Artikel bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit übernommen hat, seinen eigenen Staatsangehörigen und den Angehörigen der Staaten, welche die entsprechenden Verpflichtungen übernommen haben, auch dann Leistungen bei Invalidität, Alter, an Hinterbliebene und Sterbegeld sowie Unfallrenten zu erbringen hat, wenn die Berechtigten im Ausland wohnen. Mit dieser Vorschrift stimmen in den in Artikel 1 des Vertragsgesetzes genannten Zweigen der Sozialen Sicherheit § 313 Abs. 5 Satz 3 der Reichsversicherungsordnung — RVO — und § 625 RVO nicht überein. Es wird auf die Begründung zu Artikel 2 des Vertragsgesetzes verwiesen.

Gemäß Artikel 5 Abs. 2 sind sogenannte beitragsfreie Systeme, wie sie insbesondere in den nordischen Staaten, aber auch in Kanada, Australien, Südafrika, der Tschechoslowakei und anderen Ländern bestehen, bei Leistungen für Invalidität, Alter und an Hinterbliebene bevorzugt. Staaten mit beitragsfreien Systemen haben an Berechtigte auf den genannten Gebieten, die im Ausland wohnen, nicht schon mit der Inkraftsetzung des Übereinkommens 118 zu leisten. Vielmehr können sie solche Leistungen von der Teilnahme der betreffenden Staaten an einem System für die Wahrung der Ansprüche abhängig machen. Für Staaten mit Beitragssystemen, wozu auch die Bundesrepublik Deutschland zählt, besteht eine solche Möglichkeit nicht.

Diese Vorschrift stellt eine nicht gerechtfertigte Bevorzugung der beitragsfreien Staaten dar. Ob ein beitragsfreies oder ein beitragspflichtiges System vorliegt, ist nämlich in vieler Hinsicht nur eine unterschiedliche Form der Aufbringung der Mittel für die sozialen Leistungen. In dem einen wie dem anderen Fall müssen die Mittel von der Volkswirtschaft erarbeitet werden. In dem einen System fließen die erarbeiteten Werte in Form von Beiträgen, in dem anderen System auf dem Wege über die Besteuerung den Zweigen der Sozialen Sicherheit

zu. Die Bestimmung des Artikels 5 Abs. 2 ist geeignet, auf den Gebieten der Leistungen bei Invalidität, Alter und an Hinterbliebene (Artikel 2 Abs. 1 Buchstaben d, e, f) eine Ungleichbehandlung zu verfestigen, die nicht gerechtfertigt ist. Die Bundesrepublik Deutschland ist daher nicht in der Lage, die Verpflichtungen des Übereinkommens auf den genannten Gebieten der Sozialen Sicherheit zu übernehmen.

Nach Artikel 6 müssen Familienleistungen (Artikel 2 Abs. 1 Buchst. i) Staatsangehörigen anderer Staaten, die die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen in bezug auf Familienleistungen übernommen haben, nicht nur unter Berücksichtigung des Gleichbehandlungsgrundsatzes der Artikel 3 und 4, sondern auch für die Kinder gewährt werden, die in einem anderen Mitgliedstaat wohnen. Die beteiligten Mitgliedstaaten sollen die näheren Bedingungen der Gewährung von Familienleistungen in zweiseitigen Vereinbarungen festlegen.

In der Bundesrepublik Deutschland hängt die Gewährung von Kindergeld nicht von der Staatsangehörigkeit ab. Für die im Ausland lebenden Kinder wird Kindergeld nur gezahlt, wenn mit den betreffenden Staaten umfassende Regelungen auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit bestehen. Kindergeld wird daher für Kinder, die außerhalb Europas oder in Ländern des Ostblocks leben, nicht gewährt. Wenn die Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen hinsichtlich der Familienleistungen übernehme, käme sie nicht daran vorbei, mit anderen Staaten, die das Übereinkommen ebenfalls hinsichtlich der Familienleistungen ratifiziert haben, gegebenenfalls Vereinbarungen über Kindergeld abzuschließen. Da sich unter diesen Staaten solche befinden können, mit denen die Bundesrepublik Deutschland keine diplomatischen Beziehungen unterhält, und solche, die nach ihrer eigenen Kindergeldgesetzgebung deutschen Staatsangehörigen nur geringfügige Leistungen gewähren könnten oder in denen eine Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen für das deutsche Kindergeld verwaltungsmäßig nicht gewährleistet ist, bestehen gegen die Übernahme der Verpflichtung aus dem Übereinkommen für die Familienleistungen durchgreifende Bedenken.

Die Ratifizierung des Übereinkommens hinsichtlich der Familienleistungen ist daher nicht möglich.

Artikel 7 bestimmt, daß sich die Mitgliedstaaten zu bemühen haben, einem System für die Wahrung der Ansprüche und Anwartschaften beizutreten, die ihre Gesetzgebung den Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten zuerkennt.

Nach Artikel 8 können die Mitgliedstaaten den Verpflichtungen aus den Artikeln 5 und 7 durch Ratifizierung des Übereinkommens Nr. 48 über die internationale Wanderversicherung sowie durch Vereinbarungen, die die Erfüllung dieser Verpflichtungen gewährleisten, nachkommen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat das Übereinkommen Nr. 48 nicht ratifiziert, da sein Artikel 10 Abs. 1 vorschreibt, daß jeder Mitgliedstaat, für den das Übereinkommen verbindlich ist, seinen und den Angehörigen anderer Staaten, die das Übereinkommen in Kraft gesetzt haben, ohne jede Einschränkung und ohne, daß die Gegenseitigkeit gewährleistet zu sein braucht, Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenrente auch dann zu zahlen hat, wenn sie im Ausland leben.

Die Bundesrepublik Deutschland hat von der in Artikel 8 genannten Möglichkeit mehrfach Gebrauch gemacht und zweiseitige Abkommen, die unter anderem der Wahrung der Ansprüche und Anwartschaften auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit dienen, abgeschlossen. Solche Abkommen wurden geschlossen mit Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal, der Schweiz, Spanien und der Türkei. Außerdem sind die Verordnungen Nr. 3 und 4 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich.

Artikel 9 läßt Abweichungen von den Bestimmungen des Übereinkommens zu, sofern die Wahrung der Ansprüche und Anwartschaften geregelt wird, und zwar unter Voraussetzungen, die im großen und ganzen mindestens ebenso günstig sind wie die in diesem Übereinkommen vorgesehenen.

In Artikel 10 ist unter anderem ausgesprochen, daß die Gegenseitigkeitsbedingung auf Staatenlose und Flüchtlinge keine Anwendung findet. In Artikel 2 des Zustimmungsgesetzes ist diese Vorschrift berücksichtigt worden.

Die Artikel 11, 12 und 13 enthalten Vorschriften über die Durchführung des Übereinkommens, seine Nichtanwendung auf Leistungen, die vor seinem Inkrafttreten zu gewähren waren und darüber, daß es bestehende Übereinkommen nicht abändert.

Die Artikel 14 bis 21 enthalten unter anderem die üblichen Bestimmungen über das Inkrafttreten des Übereinkommens, seine Kündigung und den Umfang seiner Bindungswirkung.